

"Wir sind für den freien Handel, aber zu fairen Bedingungen"

IG-Metall-Chef Berthold Huber über Chancen und Schattenseiten der Globalisierung

Moderation: Gerhard Schröder

Berthold Huber (Bild: AP)



Der Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, hat die Politik aufgefordert, die Globalisierung sozial gerecht zu gestalten. Es müsse dafür gesorgt werden, dass unwürdige und menschenverachtende Arbeitsplätze abgeschafft würden, sagte Huber. Deutschland werde mit China nicht konkurrieren können, solange dort Menschen zur Sklavenarbeit gezwungen würden.

Gerhard Schröder: Herr Huber, Deutschland ist Exportweltmeister. Die deutsche Wirtschaft eilt auf den Weltmärkten von Erfolg zu Erfolg. Profitieren davon auch die Beschäftigten? Sind die also auch Gewinner der Globalisierung?

Berthold Huber: Nicht in jedem Fall. Wir haben in Unternehmen, die eine starke Weltmarktposition haben, oftmals Leih- und Zeitarbeit. Die Menschen profitieren auf keinen Fall. Das sind die Auswüchse der Globalisierung.

Schröder: Heißt das, wir müssen uns fürchten vor den neuen Billigkonkurrenten in den neuen großen Wirtschaftsländern wie Indien und China? Ist das die Folge?

Huber: Der Weg, alles immer billiger zu machen und die Löhne und Gehälter zu senken und nach unten zu drücken und ungesicherte Arbeit in den Mittelpunkt zu drücken, ist kein guter Weg. Wir sind der Überzeugung als IG Metall: Man kann in der Globalisierung und in diesem weltweiten Wettbewerb nur stehen - Stichwort Exportweltmeister -, wenn man gute Produkte macht, wenn man hohe Produktivitäten hat, wenn man hohe Qualitäten hat. Und dazu brauchen Sie immer die Menschen, ohne die Menschen geht das gar nicht. Und wir werden nicht akzeptieren, dass sie sozusagen nur Ausbeutungsobjekt sind und ungesicherte Verhältnisse haben. Die Menschen lassen sich das nicht auf Dauer gefallen.

Schröder: Gerade in den Branchen, die exportorientiert sind wie Metall und Chemie, da sind die Löhne und Einkommen in den vergangenen Jahren noch verhältnismäßig stark gestiegen, viel stärker als etwa in den Dienstleistungsbranchen. Heißt das nicht, die Beschäftigten profitieren in den Branchen, wo Globalisierung da ist?

Huber: Aber vor allem heißt es eines: In den exportorientierten Branchen wie Metall, Elektro und Chemie sind wir gut organisiert und haben dort eine starke Vertretungsmacht als IG Metall. Und wir orientieren uns selbstverständlich an den wirtschaftlichen Möglichkeiten der Branchen von Metall und Elektro. Aber natürlich orientieren wir uns auch an der Leistung der Beschäftigten. Und es ist vollkommen richtig, was Sie sagen. Wir haben signifikant höhere Tarifabschlüsse wie die auf den Binnenmarkt gerichtete Branchen.

Schröder: Aber auch die gut organisierte IG Metall konnte und wird auch nicht verhindern können, dass Unternehmen wie Nokia und Siemens Produktionen ins billigere Ausland - nach Osteuropa, nach Polen, Tschechien oder Ungarn - verlagern. BMW will auch Tausende von Jobs streichen. Heißt das also unter dem Strich: Deutschland verlagert Jobs ins Ausland, weil die Löhne hier zu hoch sind?

Huber: Das kann man bis dato nicht, vor allem nicht so pauschal, sagen. In der Metall- und Elektroindustrie sind über hunderttausend neue Arbeitsplätze entstanden. Was wir kritisieren, dass die ungesicherte und prekäre Beschäftigung - Leih- und Zeitarbeit - zugenommen hat. Aber unterm Strich haben wir auch ein Beschäftigungsplus, insbesondere im Jahr 2007 und auch bis hin in das Jahr 2008. Aber klar ist: Die Arbeit, die wir hier in Deutschland machen, ist tendenziell hoch und höher qualifiziert. Das ist eine Stärke des Standorts Deutschland, dazu sind natürlich Voraussetzungen zu schaffen: Gute Ausbildung, damit die Bundesrepublik ihr Wohlstandsniveau halten kann.

Schröder: Und die einfachen Tätigkeiten, die wandern ins Ausland?

Huber: Ist jede Arbeit, die wir hier haben, auch mit allen Bemühungen um eine humanere Umgebung - ist das gut? Und der Lohndruck, den werden Sie in der globalisierten Weltwirtschaft nicht wegstreiken. Und die Alternative - sie sagen, wir geben einfach bei den Tarifen nach, bei den Löhnen, Gehältern, bei der Arbeitszeit - das ist ja kein Weg. Wir wollen höhere Qualitäten, wir wollen Innovationen, wir wollen, dass hohe Produktivitäten existieren. Das ist doch die Stärke des Industriestandortes Deutschland.

Schröder: Aber auf der anderen Seite sehen Sie doch, dass es längst nicht mehr nur die einfachen Tätigkeiten sind, die dorthin verlagert werden, wo es billiger ist. Sondern auch Handys und Computer werden in Rumänien oder in China produziert. Ist das nicht etwas, was Ihnen Sorgen macht?

Huber: Natürlich haben wir da Sorgen, aber die Handys, die an den Fließbändern produziert werden, da denke ich, da ist der Zug längstens abgefahren. Die werden wir hier nicht halten. Beim Maschinenbau, da sieht die Richtung ganz anders aus. Auch diejenigen, die aus Kostengründen oder nur, um höhere Profite zu machen, verlagert haben, sind teilweise wieder zurückgekommen, weil sie die Qualität nicht kriegen. Wir werden nicht mit China konkurrieren können, was das Lebenshaltungsniveau anbelangt und was die Löhne anbelangt. Aber ich will ausdrücklich sagen: Wir wollen es auch nicht, weil es in vielen Fällen keine Arbeit in Würde und im Respekt vor Menschen ist. Wir haben in China nach wie vor Sklavenarbeit, wir haben ungeschützte Arbeitsverhältnisse - das ist ja gigantisch: 150 Millionen Wanderarbeiter. Soll das unser Ideal sein? Nein. Da muss man eher im globalen Zusammenhang dafür sorgen, dass derart unwürdige und menschenverachtende Arbeitsplätze abgeschafft werden.

Schröder: Und wie kann man das erreichen?

Huber: Nun ja, wir haben ein Welthandelsabkommen, wo die Würde des Menschen und der Schutz der Menschen überhaupt keine Rolle spielt, sondern nur der Freihandel. Wir sind für den freien Handel, aber zu fairen Bedingungen.

Schröder: Wenn wir jetzt mal nach Osteuropa sehen: Dort hat es große Investitionen gegeben, dort stehen mittlerweile die modernsten Autofabriken der Welt. Aber wir sehen auch, dass diese Länder wirtschaftlich aufgeholt haben und es hier sogar auch zu einem Angleichungsprozess kommt, auch was die Löhne anbetrifft. Also Globalisierung: Muss das zwangsläufig eine Abwärtsspirale sein?

Huber: Ich sehe ja mit ganz offener Sympathie bei Renault in Rumänien, dass die Arbeitnehmer - die Arbeiter an den Fließbändern - gesagt haben: "Wir lassen uns nicht länger ausbeuten", und wenn ich das richtig im Kopf habe, über drei Wochen gestreikt haben, damit sie nicht nur 400 Euro im Monat bekommen, sondern mindestens 600

Euro. Das sind gute Effekte. Aber die Bedingung ist, dass die Menschen auch in der Lage sind, sich zu wehren. Wir haben in den letzten Jahren erlebt angesichts von fast fünf Millionen Massenarbeitslosigkeit, wie die Menschen Angst bekommen haben und sich geduckt haben. Und sagen die Menschen: "Irgendwo ist's genug, Globalisierung darf doch nicht nur als Bedrohung empfunden werden." Sonst machen die Menschen dicht, schotten sich ab und sagen: Wir wollen das alles gar nicht haben. Und da muss Politik noch vieles tun, vieles tun. Und zwar nicht nur im nationalen Maßstab, sondern im internationalen. Und ich habe den Eindruck: Da fehlen uns die entsprechenden Institutionen.

Schröder: Nach Zahlen, die jetzt vor einigen Tagen bekannt geworden sind, ist der Niedriglohnsektor in Deutschland in den vergangenen Jahren dramatisch gestiegen. 22 Prozent . . .

Huber: ... über 20 Prozent, ja.

Schröder: Also fast jeder Vierte Beschäftigte arbeitet im Niedriglohnsektor. Ist das eine Folge der Globalisierung?

Huber: Nein, nicht unmittelbar. Das ist unmittelbar eine Folge einer strikten Profitorientierung in einem rücksichtslosen gewordenen Kapitalismus. Nur noch das zählt, was den Aktionären nützt, und Langfristigkeit, Nachhaltigkeit, Beschäftigung spielen keine Rolle. Und auf der Strecke bleiben die Beschäftigten, zumindestens so lange, wie sie sich nicht wehren - am besten mit einer starken Gewerkschaft.

Schröder: Aber Sie sind doch machtlos dagegen, wenn ein Unternehmen sagt: Aus ökonomischen Kalkül gehen wir dort hin, wo die Gewinnchancen noch größer sind, wo die Kosten niedriger sind.

Huber: Ja, das wird man oft nicht verhindern können. Aber selbstverständlich, wenn im europäischen oder auch noch größeren Maßstab die Beschäftigten sagen: Wir akzeptieren nicht, dass Ihr die Fabrik x, y dicht macht, weil woanders das alles billiger zu haben ist, dann haben sie eine Macht. Und dort zwingt die Globalisierung die Gewerkschaften sehr viel stärker, den internationalen Aspekt - Netzwerke aufzubauen - und engere Kontakte mit Betriebsgewerkschaften oder übergreifenden Gewerkschaften in anderen Ländern zu suchen.

Schröder: Ist es falsch, zu sagen, dass das noch nicht Ihre große Stärke ist?

Huber: Nein, das ist richtig. Es ist auch außerordentlich schwierig. Die Gewerkschaften haben bis dato ihre Stärke immer im nationalen Maßstab gehabt. Ihre Konfliktpartner und Gegner waren national orientiert. Heute ist das international. Wir haben gute Ergebnisse zum Beispiel bei General Motors - Opel - als wir gesagt haben, wir akzeptieren europaweit keine Standortschließung. Es gibt positive Beispiele, aber ich würde Ihnen nicht widersprechen, dass wir in vielen Bereichen noch nicht so weit sind.

Schröder: Und national haben Sie ja Probleme genug - allein wenn man sieht: Seit Mitte der 90er Jahre haben die DGB-Gewerkschaften ein Drittel ihrer Mitglieder verloren. Das heißt, starke Gewerkschaften haben wir hier ja nur bedingt.

Huber: Natürlich ist das immer ein schlechtes Zeichen, wenn Gewerkschaften Mitglieder verlieren. Aber schauen Sie: Wir haben bei Metall und Elektro im Osten der Republik 1990/91 etwa 1,4 Millionen Beschäftigte gehabt. Heute haben wir bei Metall und Elektro noch 250.000 Beschäftigte. Dass wir die nicht halten können, wenn die Arbeitsplätze nicht da sind, das ist doch klar.

Schröder: Aber Realität ist doch längst, dass viele Gewerkschaften, vor allem im Dienstleistungsbereich, gar nicht mehr in der Lage sind, tatsächlich das Lohnsystem zu

sichern. Sie sind teilweise nicht mal mehr in der Lage, wirkliche Tarifverhandlungen zu führen. Wenn wir den Einzelhandel nehmen: Die verhandeln seit einem Jahr ohne Ergebnis. Das heißt, die Gewerkschaften sind nicht mehr in der Lage, ihre Kernaufgabe zu erfüllen.

Huber: Im Einzelhandel haben Sie viele prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Und ich kann nur sagen: Wenn die Gewerkschaften das nicht mehr regulieren, muss es am Ende des Tages der Staat regulieren. Auch deswegen machen wir ja im Deutschen Gewerkschaftsbund diese Mindestlohn-Kampagne.

Schröder: Aber im Prinzip ist das eine Kapitulationserklärung der Gewerkschaften, . . .

Huber: ... nein ...

Schröder: ... wenn Sie den Gesetzgeber rufen, damit er das tut, was die Gewerkschaften nicht mehr schaffen, nämlich die Löhne sichern.

Huber: Das ist keine Kapitulation. Das hat etwas mit dem Eingeständnis zu tun, dass wir manche Bereiche - Sie haben den Einzelhandel genannt, das ist nur ein Bereich - nicht regulieren können, 13 Monate wird da verhandelt, 13 Monate, und den Leuten werden Angebote gemacht unter der Sicherung der Reallöhne. Und da gibt es noch, wie in der Vergangenheit und in der Geschichte, nur die Möglichkeit und die Wege, dass der Staat das reguliert oder dass die Menschen den Gewerkschaften so massenhaft zulaufen, dass sie sagen: Wir setzen uns jetzt gemeinsam zur Wehr. Natürlich ist den Gewerkschaften der zweite Weg - Zulauf, Mitglieder, die Menschen, die selbstbewusst für ihre Interessen eintreten und streiten - der liebere. Aber irgendjemand muss es lösen. Ein derart wohlständiger Staat wie die Bundesrepublik kann nicht akzeptieren, dass die Leute von dem, auch wenn sie 40 Stunden pro Woche arbeiten, nicht mal mehr einigermaßen ordentlich leben können. Wenn der Staat das zulässt, dann ist die soziale Marktwirtschaft nichts mehr wert.

Schröder: Aber Sie kommen doch mit Ihrer Forderung nach Mindestlöhnen nicht wirklich weiter. Einen gesetzlichen wird es vorerst nicht geben, dafür gibt es keine politische Mehrheit. Und auch bei den Branchenmindestlöhnen haben sich jetzt acht Branchen gemeldet mit 1,4 Millionen Beschäftigten ...

Huber: 1,6 Millionen ...

Schröder: ... die interessiert sind. Das heißt, für die Mehrheit der Beschäftigten wird es keinen Mindestlohn geben. Sie stecken in der Sackgasse.

Huber: Ja, aber da ist ja der Hintergrund der, dass die zuständigen Arbeitgeberverbände das nicht wollen. Ich sage ja damit nur folgendes: Ist das eine Niederlage der Gewerkschaften? Nein, das ist die Niederlage einer sozialen Demokratie, wenn wir Leute haben, die mit fünf Euro pro Stunde abgespeist werden, während wo anders eine Menge Geld verdient wird. Das ist doch nicht das Problem allein der Gewerkschaften, sondern das ist doch das Problem der sozialen Demokratie. Das sind nackte Ausbeutungsverhältnisse und unwürdige Arbeitsverhältnisse und -bedingungen.

Schröder: Gegen die aber bislang keine Mechanismen eingesetzt werden, um sie wirklich wirksam zu bekämpfen.

Huber: Selbstverständlich kenne ich Strategen auf Seiten der Arbeitgeber, die sich vorstellen, dass am Ende des Tages auch einige Millionen in Leih- und Zeitarbeit beschäftigt sind - in prekärer Arbeit oft. Sie können das als Kapitulation oder Niederlage bezeichnen, das ist einfach die Wahrheit. Die Gewerkschaften allein werden das nicht bewältigen können.

Schröder: Und konkret, was müsste jetzt passieren?

Huber: Die Regierung muss in dieser Frage Mindestlöhne von ihrem hohen Ross runter, und die hohen Anforderungen müssen nach unten geschraubt werden. Ob das in dieser Legislaturperiode noch möglich ist, da bin ich skeptisch, aber niemand kommt drum rum. Die Frage der Mindestlöhne ist ein wichtiger Punkt, weil wir in vielen Bereichen, beginnend im Osten, tariffreie Räume haben. Wir haben doch Situationen, wo in relativ großen Branchen die Arbeitgeberverbände sich aufgelöst haben. Die Gewerkschaften sind nicht in der Lage, im Kfz-Handwerk mit Tausenden von Betrieben einzelne Tarifvereinbarungen zu treffen. Dazu fehlt uns die Kraft.

Schröder: Das heißt, auch die IG Metall fordert jetzt gesetzliche Mindestlöhne? Das ist ja eine Forderung, da standen Sie bislang immer relativ skeptisch gegenüber.

Huber: Das ist auch nichts, was die IG Metall für den Königsweg hält. Aber es ist den Tatsachen geschuldet und der realen Situation. Unser erster Weg sind natürlich immer noch Tarifverträge.

Schröder: Sie haben ja gleichzeitig ja auch das Phänomen: Einzelne Berufssparten machen sich selbständig - die Lokführer waren die letzten, davor die Ärzte. Das heißt, dieses Tarifsystem erodiert an allen Ecken und Enden.

Huber: Wir haben ja ein Abkommen - Sie kennen das - getroffen 2004, das gewisse Abweichungsmöglichkeiten, wenn betrieblich Zahlen das erforderlich machen, zur Beschäftigungssicherung und Standortsicherung akzeptiert. Das tun wir ja. Das hat zu einer hohen Akzeptanz geführt, dort hat die IG Metall auch massiv Mitglieder gewonnen. Aber ich glaube, Sie sprechen schon einen Punkt an, dass man in Zukunft viel stärker Haustarifverträge haben wird, Anerkennungstarifverträge, wo der Fokus auf den Betrieb stärker liegt. Darin kann ich nichts Schlechtes sehen, das ist auch nicht eine Niederlage für die Gewerkschaften, sondern wir haben Mitglieder gewonnen durch diese betriebsnahe Tarifpolitik.

Schröder: Kein gutes Haar haben Sie gelassen an der Zeitarbeit. Die wurde mal eingeführt, um den Unternehmen mehr Flexibilität zu geben, wenn viele Aufträge da sind. Nun macht die IG Metall eine Kampagne dagegen. Was ist so schlimm daran, wenn die Unternehmen mehr Flexibilität haben?

Huber: Gar nichts. Die grundsätzliche Meinung der IG Metall ist ja nicht, dass Zeitarbeit generell des Teufels ist. Aber dass die höhere Flexibilität dazu führt, dass die Leute auch nur die Hälfte verdienen wie in gesicherten Arbeitsplätzen, was hat das mit Flexibilität zu tun? Das heißt nur, man nützt die Notlage der Menschen aus - Stichwort Massenarbeitslosigkeit -, dass man sie nicht nur heuern und feuern kann, sondern dass man ihnen auch noch für dieses Risiko nur die Hälfte bezahlt. Warum sollte das etwas mit flexibler Arbeit zu tun haben, für die die IG Metall steht ohne Ende. Die flexibelsten Tarifverträge haben Sie in der exportorientierten Industrie von Metall und Elektro. Aber warum sollte es mit Flexibilität etwas zu tun haben, dass derjenige, der bei BMW in Leipzig die vordere Tür links montiert und 18 Euro bekommt, und derjenige, der die vordere Tür rechts montiert, dass der eine mit 18 Euro geht und der andere mit 7,50 Euro? Was hat das mit Flexibilität zu tun? Gar nichts. Das hat nur etwas mit dem Profit zu tun.

Schröder: Und was wollen Sie tun, um die Leiharbeit wieder zurückzuschrauben? Sind gesetzliche Korrekturen nötig?

Huber: Natürlich muss die Politik etwas tun. Die Politik hat 2003 die Arbeit in der Leiharbeit entgrenzt in jeder Beziehung. Früher in den 80er Jahren, noch 1985, hatten wir eine Begrenzung auf sechs Monate am gleichen Arbeitsplatz. Dann ist das auf zwei Jahre erhöht worden, und 2003 hat man gesagt, es gibt keine Grenzen mehr. Und das

hat zu einer sintflutartigen Ausweitung von Leih- und Zeitarbeit geführt. Und das muss begrenzt werden.

Schröder: Nun sagen die Arbeitgeber, Befürworter der Zeitarbeit: Dadurch haben viele Leute einen Job gefunden.

Huber: Die Leih- und Zeitarbeitsbranche ist 2006 bei etwa 450.000 Beschäftigten gewesen. Heute, eineinhalb Jahre später, sind wir etwa bei über 850.000. Natürlich haben Fachkräfte, weil sie keinen anderen Arbeitsplatz gefunden haben, inzwischen im Aufschwung Arbeit gefunden - feste Arbeit, insbesondere bei Metall und Elektro. Aber schauen Sie sich mal den sogenannten Dienstleistungsbereich an. Das, was Sie vorher unter prekärer Arbeit, einfacher Arbeit angesprochen haben, das sind ja alles ungesicherte Arbeitsverhältnisse. Im Übrigen ist es ja kein deutsches Phänomen. Sie finden das bis hin in den neuen Beitrittsländern zur EU, wo Sie solche Arbeitskräfte in Rumänien, in Bulgarien, in Lettland, in Litauen ohne Ende haben. Da tritt das Phänomen von Leih- und Zeitarbeit trotzdem auf. Warum? Weil der Arbeitgeber das Risiko auf die Menschen abwälzt, sein Beschäftigungsrisiko und weil man die Leute noch mehr im Lohn drücken kann. Wir müssen uns in Europa schon drüber im Klaren werden - nächstes Jahr sind Europawahlen -, ob wir ein soziales Europa haben wollen, oder ob wir ein Europa haben wollen, wo der größte Erfolg darin besteht, dass der Krümmungsgrad einer Gurke festgelegt wird und wo der Wirtschaftsraum geklärt wird.

Schröder: Sie kritisieren die Zeitarbeit. Die Gewerkschaften waren in fundamentaler Opposition gegenüber den Hartz-Gesetzen, gegenüber der Agenda 2010. Auf der anderen Seite sehen wir, die Arbeitslosenzahlen sinken, fürs nächste Jahr stellen viele Forscher in Aussicht, dass sie unter 3 Millionen sinkt. Also, ist das nicht die andere, die erfolgreiche Seite der Reformpolitik? Können da die Gewerkschaften immer nur "Nein" sagen?

Huber: Das wäre ja zum ersten Mal, dass ich immer nur "Nein" sage und die IG Metall. Die Politik schmückt sich hier doch auch teilweise mit fremden Federn. Es ist ja nicht so, dass an Hartz IV alles schlecht ist, das ist auch nicht die Aussage von uns. Aber wir haben immer gesagt, um nur ein paar Beispiele zu nennen, dass diejenigen, die 35 oder 40 Jahre in die Arbeitslosenversicherung einbezahlt haben, dass die bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit nach zwölf Monaten auf Sozialhilfeniveau - ALG II - zurückfallen und gleichzeitig das, was sie gespart haben für das Alter, dass sie das dann auch noch hergeben müssen - ist das ein Erfolg? Sind so neue Arbeitsplätze entstanden? Neue Arbeitsplätze sind entstanden einfach im Sog des Weltwirtschaftswachstums, insbesondere in den boomenden Regionen, nehmen Sie China, nehmen Sie Indien, nehmen Sie Russland - wahnsinnige Investitionsrückstände, wo inzwischen einfach ein Nachfrageboom da war. Und die kaufen ja nicht jeden Mist, sondern die wollen gute Produkte, und die kriegen sie in Deutschland. Dass Hartz IV zu einem Arbeitsplatz mehr geführt hat, vielleicht in der prekären Arbeit, das ist ja kein Erfolg.

Schröder: Aber die Notwendigkeit zu reagieren auf den Druck, den wir durch den globalen Wettbewerb haben, die Notwendigkeit können doch auch die Gewerkschaften nicht völlig negieren. Und nun gibt es Stimmen, die sagen: Die Reformpolitik muss weitergehen. In welche Richtung muss sie gehen?

Huber: Reformen müssen immer gemacht werden. Wenn ich in Zukunft sehe, mein Rentenniveau wird auf 42 Prozent runtersinken und die Altersarmut wird steigen, ist das die Reform? Ich bin der Meinung, dass Reformen sein müssen, Reformen aber zum Beispiel in der Hinsicht, dass man Antworten gibt: Wie ist das mit der Altersarmut, dass man Antworten auf die Frage gibt: Wie ist das mit der Mitsprache der Menschen, Antworten darauf gibt, ob man ungehindert Managergehälter und ähnliche Dinge nach oben fährt in schamloser Art und Weise. Ist das eine Reform? Darauf muss man Antworten geben, das wären wirkliche Reformen.

Schröder: Jürgen Rüttgers, der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, hat nun

Anstöße gegeben. Er warnt vor Altersarmut und er fordert eine Mindestrente, die über dem Existenzminimum liegt. Hat er da den richtigen Anstoß gegeben? Stehen Sie hinter ihm?

Huber: Teilweise, teilweise nur. Unser Beitragssystem ist ja so, wenn ich die Rentenversicherung sehe, dass es ja nicht auf die Jahre ankommt, sondern auf die eingezahlten Beiträge. Sie müssen doch an der Stelle diejenigen, die mehr eingezahlt haben, auch berücksichtigen. Das tut Herr Rüttgers in seinem Modell nicht, der geht nur nach dem Beitragsjahr. Er gibt auch keine Antwort auf die Frage, dass die Menschen mit Arbeitslosigkeit gestraft sind. Und wir haben Menschen, die haben innerhalb kürzester Zeit zwei- dreimal sich in Arbeitslosigkeit wiedergefunden, sind entlassen worden. Denen fehlen die Jahre, und denen fehlen die Beiträge. Man muss darauf eine passende Antwort geben. Wie kann man diejenigen schützen vor Altersarmut, die zum Beispiel auch über zehn, zwanzig Jahre hinweg keinen festen Arbeitsplatz haben? Wenn das eine sozial akzeptable Antwort ist, dann wäre das eine tatsächliche Reform - wenn neue Sachverhalte anständig gestaltet werden müssten und können.

Schröder: Nun ist ja die große Koalition mal angetreten, entscheidende Weichenstellungen für die Zukunft zu stellen. Hat sie tatsächlich ihre Versprechungen einlösen können?

Huber: Man hat ja bei der Frage "Rente" alles unter Finanzierungsgesichtspunkten gesehen und nicht unter dem Gesichtspunkt der Menschen. Insofern ist das keine Antwort. Wir haben zu erwarten im Jahre 2030 42 Prozent von den durchschnittlichen Arbeitseinkommen. Können da die Menschen davon leben? Gleichzeitig muss man daran arbeiten und überlegen - da will ich jetzt nicht zu weit greifen -, wie kann man die betriebliche Altersversorgung erhöhen? Das ist doch dann die nächste Frage, wie kann man das tun? Wir haben doch Millionen Menschen, zweistellige Millionen Zahlen sind das, die überhaupt keine betriebliche Altersversorgung haben. Und viele davon werden dann notwendigerweise in Altersarmut sich wiederfinden. Die Rentenkassen zu sanieren wird keine Antwort sein.

Schröder: Also die Jahre der großen Koalition - waren es verlorene Jahre?

Huber: Nehmen Sie die Rente: Die Erhöhung des Renteneintrittsalters, und zwar pauschal für alle, halten wir für falsch und halte ich auch sehr persönlich für falsch, weil es den Arbeitsbiografien der Menschen nicht gerecht wird. Ich hoffe, die Koalition begreift das noch. Und ansonsten muss man warten, was nächstes Jahr bei der Bundestagswahl herauskommt.